

II. Kapitel Inneres

Regierungsreferent: Landesrat Ing. Erich Schwärzler

Regierungsreferent für Feuerpolizei, Hilfs- und Rettungswesen, Katastrophenbekämpfung:

Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber

Regierungsreferent für Verkehrsrecht: Landesrat Mag. Karl-Heinz Rüdisser

1. Wahlen:

Am 14.3.2010 fanden in Vorarlberg die Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahlen und am 28.3.2010 in Göfis, Hörbranz und Thüringen die Bürgermeisterstichwahlen statt. Die Vorbereitung bzw. Abwicklung der Wahlverfahren dauerte etwa vier Monate und umfasste insbesondere die Anweisung der Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften in verfahrensrechtlichen Belangen, Beratungstätigkeiten sowie Öffentlichkeitsarbeiten. Auf Grund von zwei seit den letzten Gemeindewahlen erfolgten Wahlrechtsnovellierungen (z. B. Einführung der Briefwahl) mussten sämtliche bis dato verwendeten Drucksorten und Unterlagen überarbeitet oder neu konzipiert werden. Als Serviceleistung wurden Wahlinformationen auf der Homepage des Landes Vorarlberg aufbereitet sowie ein Folder zum Thema Briefwahl an alle Haushalte versandt. Den Lehrlingen, Schülern und Studenten, die sich an Wahltagen außerhalb Vorarlbergs aufhielten und zu den Gemeindewahlen anreisten, wurden Fahrtkostensätze in Höhe von Euro 12.393,67 ausbezahlt.

Am 25.4.2010 fand die Bundespräsidentenwahl statt. Die Vorbereitung und Abwicklung dieser Wahl beinhaltete zum größten Teil die Meldungen verschiedenster Daten des Landes Vorarlberg an das Bundesministerium für Inneres, die Herstellung der technischen Infrastruktur zur Einholung und Übermittlung der Ergebnisse am Wahltag sowie nach Auszählung der Briefwahlkarten, der Medienarbeit sowie die Aufbereitung der Internetseiten des Landes Vorarlberg.

2. Staatsbürgerschaftsangelegenheiten:

Im Jahr 2010 eingebrachte Staatsbürgerschaftsansuchen 495

Im Jahr 2010 abgeschlossene Staatsbürgerschaftsverfahren:

Erwerb der Staatsbürgerschaft:

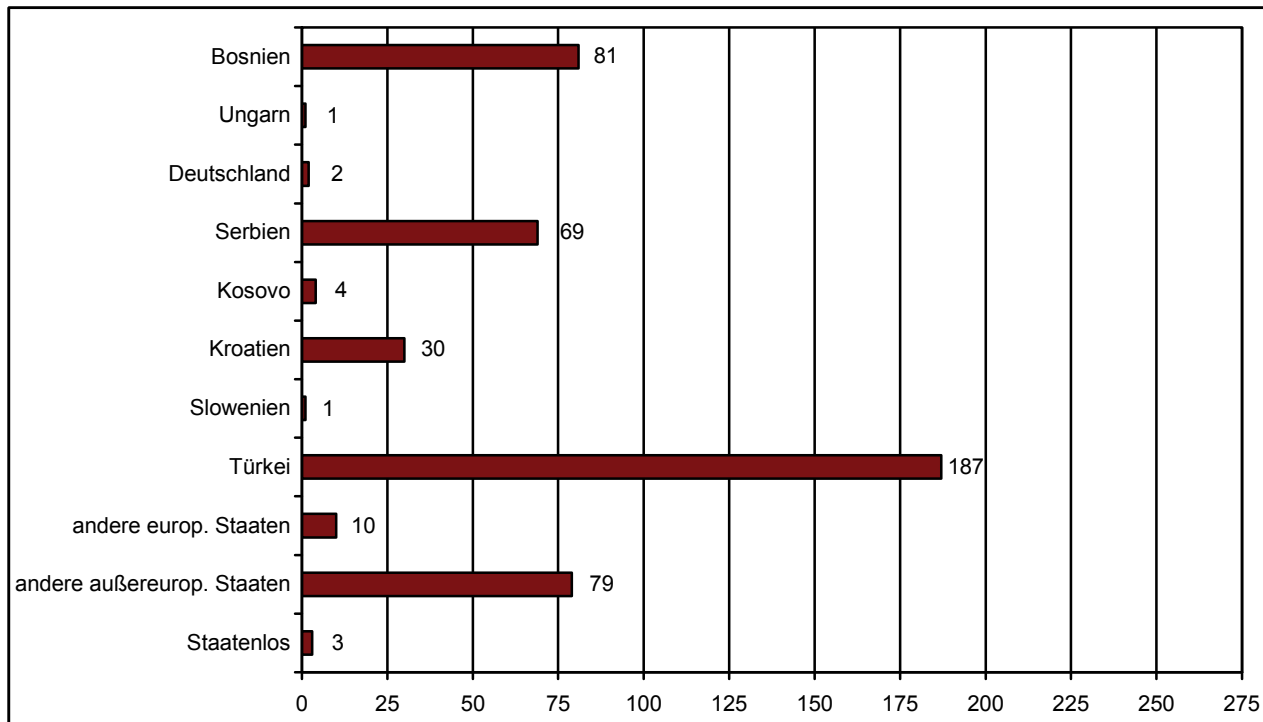
– durch Verleihung auf Grund:

des Aufenthaltes von weniger als sechs Jahren	39
von sechs bis zehn Jahren.....	185
von zehn bis 30 Jahren	82
von mehr als 30 Jahren.....	17
des früheren Besitzes der Staatsbürgerschaft	2
des Besitzes der Staatsbürgerschaft eines Ehegatten.....	–
des Besitzes der Staatsbürgerschaft eines Elternteiles	–

325

– durch Erstreckung der Verleihung auf:	
Ehegatten.....	12
minderjährige Kinder	130
	142
Gesamtzahl der neuen Staatsbürger	467

Die Herkunft der neuen Staatsbürger ist aus der folgenden Darstellung ersichtlich



Nicht stattgegebene Einbürgerungsansuchen.....	149
davon abgelehnte.....	54
zurückgestellte	26
zurückgezogene oder eingestellte	59
an andere Landesregierungen abgetretene	10
Feststellungen der Staatsbürgerschaft.....	30
Bewilligungen der Beibehaltung der Staatsbürgerschaft	
für den Fall des Erwerbes einer fremden Staatsangehörigkeit.....	7
Negative Staatsbürgerschaftsbescheinigungen für fremde Konsulate	2

Für die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz im Jahr 2010 wurde den 30 antragstellenden Gemeinden bzw. Staatsbürgerschaftsverbänden ein Betrag von insgesamt Euro 115.215,— zugesprochen.

3. Personenstandsangelegenheiten:

Die Weiterführung der bei den Bezirkshauptmannschaften aufliegenden Zweitbücher der Geburten-, Familien- und Sterbebücher der Standesämter erforderte für die Bezirkshauptmannschaften folgende Eintragungen:

Bludenz: 725, Bregenz: 2.637; Dornbirn: 1.093; Feldkirch: 2.290

Inneres

Es wurden außerdem bearbeitet:

– Matrikenberichtigungen und sonstige Anordnungen von Eintragungen	43
– Änderung des Familiennamens (Bezirkshauptmannschaft)	421
– Änderung des Vornamens (Bezirkshauptmannschaft)	99
– Beglaubigung von Urkunden	64

4. Fremdenrechtsangelegenheiten:

Durch den Ende 2008 neugeschaffenen Fachbereich für „Fremdenrecht, Staatsbürgerschaftsangelegenheiten und Personenstandwesen“ wurde eine neue Struktur für koordinierte und abgestimmte Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren geschaffen.

Die Zahl der in Vorarlberg wohnenden Nichtösterreicher (Hauptwohnsitze und weitere Wohnsitze) nahm in der Berichtszeit um 1.704 auf 58.184 Personen zu. Der Anteil der Nichtösterreicher betrug Ende des Jahres 14,75 Prozent der polizeilich gemeldeten Personen in Vorarlberg. Hierbei stellen die deutschen Staatsangehörigen mit 18.108 Personen die größte Gruppe, gefolgt von den Staatsangehörigen der Türkei mit 13.911 und Serbiens mit 3.789 Personen.

Auf Grund der fremdenrechtlichen Vorschriften wurden von den Bezirkshauptmannschaften folgende Verfahren eingeleitet bzw. abgeschlossen:

NAG – Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	zusammen
Erstanträge gestellt	445	370	351	275	1.441
Verlängerungsanträge gestellt (inkl. Übertrag Daueraufenthalt)	1.115	2.298	1.741	1.462	6.616
Daueraufenthalt Drittstaatsangehörige und Daueraufenthalt Familienangehörige erteilt (inkl. Übertragungen)	263	454	458	481	1.656
Aufenthalt befristet erteilt	790	1.844	1.587	1.406	5.627
Aufenthaltsrecht abgelehnt	18	33	30	12	93
Anmeldebescheinigungen erteilt	272	632	278	464	1.646
Daueraufenthaltskarten erteilt	14	39	14	26	93
Unbedenklichkeitsbescheinigungen erteilt	286	125	–	5	416

FPG – Fremdenpolizeigesetz	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	zusammen
Ausweisungen erlassen	5	12	7	12	36
Aufenthalts- und Rückkehrverbote erlassen	22	25	30	31	108
Vollstreckungsaufschübe gewährt/verlängert	–	–	–	–	–
Schubhaften verhängt	12	14	27	71	124
abgeschoben	14	58	17	23	112
Elektronische Verpflichtungserklärungen	258	488	403	783	1.932

4.1 Grundversorgung:

Die Abteilung Inneres und Sicherheit (Ia) ist zuständig für die strategische Ausrichtung der Flüchtlingspolitik in Vorarlberg und vertritt gemeinsam mit der Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration (IVa) im Bund-Länder-Koordinationsrat die Vertretung des Landes Vorarlberg.

5. Zivildienst:

Ende des Jahres 2010 bestanden 100 anerkannte Zivildiensteinrichtungen (2009: 97) mit 814 Zivildienstplätzen (2009: 811). Von der Zivildienstserviceagentur wurden 717 Zivildienstleistungen zugeteilt (2009: 738). Die Bedarfsabdeckung liegt bei 98 Prozent. Die Zivildienstleistungen leisteten den Zivildienst hauptsächlich in sozialen Organisationen und im Bereich Rettungswesen ab.

Die Bezirkshauptmannschaften haben von 37 eingebrachten Anträgen auf Zuerkennung von Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe 31 positiv und sechs negativ erledigt.

6. Nomenklatur:

Im Jahr 2010 wurden verschiedene Auskünfte über die von der Nomenklaturkommission empfohlene Schreibweise von Örtlichkeiten erteilt.

7. Rechtliche Gemeindeaufsicht:

Aufsichtsbeschwerden in Gemeindeangelegenheiten bei den Bezirkshauptmannschaften	48
Verordnungsprüfungen in Gemeindeangelegenheiten bei den Bezirkshauptmannschaften	466
Vorstellungen in Gemeindeangelegenheiten bei den Bezirkshauptmannschaften	51

Von der Vorarlberger Landesregierung werden regelmäßig Aufgaben der Klärung und Beratung in Gemeinderechtsfragen wahrgenommen.

8. Veranstaltungswesen:

Von der Vorarlberger Landesregierung wurden 2010 nach dem Wettengesetz vier Bewilligungen erteilt und 90 Bescheinigungen ausgestellt sowie 74 Abmeldungen von Standorten zur Kenntnis genommen.

Von den Bezirkshauptmannschaften wurden zwölf Spielapparate nach dem Spielapparategesetz bewilligt und zehn veranstaltungsrechtliche Bescheide ausgestellt.

9. Sammlungswesen:

Für das Berichtsjahr wurden 16 Sammlungsbewilligungen für das ganze Land an gemeinnützige Organisationen erteilt. Es handelt sich dabei um 14 Haussammlungen und zwei Sammlungen an besonderen Orten (Friedhöfe, Zollstellen).

10. Jugendgesetz:

Im Jahr 2010 wurden über Auftrag der Bezirkshauptmannschaft durch die Exekutive intensive Kontrollen hinsichtlich des Alkohol- und Nikotinverbotes für Jugendliche mit Schwerpunkt auf Gewerbetreibende durchgeführt.

Inneres

Über die insgesamt nach dem Jugendgesetz geführten Strafverfahren gib die nachstehende Übersicht Auskunft:

	Anzahl der geführten Strafverfahren	davon Ermahnungen	Summe der Geldstrafen in Euro
Bludenz	287	102	5.235,—
Bregenz	354	202	7.597,—
Dornbirn	220	121	5.090,—
Feldkirch	223	89	4.091,—
Gesamt	1.084	514	22.013,—

11. Führung der Bundespolizei im Bereich des Landes:

Gemäß § 16 Abs. 1 des Führungs- und Verfügungsgesetzes obliegen gewisse organisatorische Maßnahmen (Versetzungen) im Bereich von Dienststellen der Bundespolizei dem Landespolizeikommandanten im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann. Auf Grund dieser Bestimmung sind insgesamt 29 Anträge behandelt worden, wobei den vom Landespolizeikommando geplanten organisatorischen Maßnahmen zugestimmt wurde.

12. Verschiedene polizeiliche Aufgaben:

Die Bezirkshauptmannschaften haben in Unterordnung unter die Sicherheitsdirektion folgende Aufgaben besorgt:

	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Zusammen
Passwesen:					
Reisepässe					
Neuausstellungen	8.788	16.821	10.238	13.468	49.315
Erweiterungen und Umschreibungen	592	635	382	1.226	2.835
Sammelreisepässe	—	—	—	—	—
Fremdenpässe	1	6	—	6	13
Konventionsreisepässe	23	88	40	50	201
Passversagungen	1	5	—	1	7
Passentzüge	3	24	7	10	44
Personalausweise					
Neuausstellungen	983	3.940	2.204	2.569	9.696
Waffenwesen:					
Waffenbesitzkarten	22	30	21	27	100
Waffenpässe	5	9	4	4	22
Waffenscheine	—	—	—	—	—
Europäische Feuerwaffenpässe	51	71	38	47	207
Waffenverbote	43	126	65	68	302
Entzüge Waffenpässe und Waffenbesitzkarten	—	19	2	6	27
Sprengmittelwesen:					
Ausgestellte Sprengmittelbezugsscheine	6	7	1	—	14
Ausgestellte Sprengmittelbezugsbücher	—	—	—	—	—
Genehmigung von Sprengmittellagern	—	—	—	—	—

Vereins- und Versammlungswesen:

Überwachung von Versammlungen	2	30	10	2	44
Neubildung von Vereinen	33	61	42	68	204
Umbildung von Vereinen	44	98	166	85	393
Behördliche Auflösungen	1	4	47	13	65

13. Militärische Angelegenheiten:

Die Bezirkshauptmannschaften haben bei der Erfassung der stellungspflichtigen Jahrgänge und in den Stellungskommissionen mitgewirkt. Weiters haben sie Erhebungen wegen der Ableistung des Präsenzdienstes durchgeführt (Befreiung, Aufschub bzw. vorzeitige Entlassung).

14. Stiftungen und Fonds:

Im Rahmen der Aufsicht über Stiftungen und Fonds nach dem Stiftungs- und Fondsgesetz wurde im Berichtsjahr die Umwandlung einer Stiftung in einen Fonds genehmigt. Weiters wurde acht Stiftungen die Änderung ihrer Satzung und drei Mal die Belastung und Veräußerung von unbeweglichem Stiftungsvermögen genehmigt. Darüber hinaus wurde laufend die ordnungsgemäße Verwaltung sowie Erfüllung des Stiftungszwecks überwacht.

Der Landes-Rechnungshof hat im Berichtsjahr die Aufsicht des Landes über Stiftungen und Fonds geprüft und empfohlen, Standards für die Erstellung von Rechnungsabschlüssen sowie deren Prüfung zu erstellen. Diese Standards sind im Berichtsjahr entwickelt worden und sollen im Jahr 2011 implementiert werden. Darüber hinaus wird die bestehende Stiftungs- und Fondsdatenbank laufend erweitert und aktualisiert.

15. Sonstiges:

Nach dem Geschworenen- und Schöffengesetz 1990 hatten die Bezirkshauptmannschaften die von den Gemeinden vorgelegten Verzeichnisse zu überprüfen, die eingetragenen Personen zu verständigen, Strafregisterauszüge einzuholen und über Einsprüche und Befreiungsanträge zu entscheiden.

16. Feuerpolizei:

16.1 Feuerwehren:

Im Jahr 2010 betrug der Mannschaftsstand der 120 Orts- und 24 Betriebsfeuerwehren 7.939 Feuerwehrleute. Weiters wurden 743 Jugendliche bei den Jugendfeuerwehren betreut.

Derzeit stehen bei den Feuerwehren des Landes folgende Fahrzeuge im Einsatz: 343 Brand- und technische Einsatzfahrzeuge, 13 Hubrettungsfahrzeuge, 35 Einsatzleitfahrzeuge, 91 Transportfahrzeuge, 39 Logistikfahrzeuge, 19 sonstige Fahrzeuge, vier Wasserfahrzeuge, 199 Anhänger und 19 Container.

Bei 1.902 Brandausrückungen und 2.259 technischen Einsätzen waren die Feuerwehrleute 100.000 Stunden eingesetzt. Bei Bränden hauptsächlich betroffen waren Wohngebäude sowie Gewerbe- und Industriebetriebe. Die 2.259 technischen Einsätze waren bei Verkehrsunfällen, Pumparbeiten bei Hochwasser, Vermurungen und Sturmschäden.

Am 59. Feuerwehrleistungsbewerb kämpften über 1.500 Feuerwehrleute um den Goldenen Helm.

Inneres

16.2 Landesfeuerweherschule:

An der Landesfeuerweherschule wurden 148 Lehrgänge durchgeführt und zwar:

Lehrgang	Anzahl
Atenschutz	10
Atenschutz- Gerätewart.....	5
Ausbilderseminar Taktik ÖBFV	1
Azethylenflaschen	1
DECO- Maßnahmen bei Einsätzen	1
Einschulung am Löschtrainer	1
Einsatzleiter.....	1
Erste Löschhilfe.....	2
Fachvortrag Rauchlesen	1
Feuerwehr-Verwaltung	1
Führerschein C.....	2
Fortbildung Hubschrauberhelfer	1
Funk	4
Funk-Grundausbildung.....	9
Gefährliche Stoffe I	2
Grundausbildung.....	3
Grundausbildung Schüler.....	4
Gruppenkommandanten	3
Hubschrauberhelfer für Stützpunkte.....	1
In 30 Sekunden überzeugen	1
Jugendbetreuer-Grundausbildung.....	2
Jugendleiter.....	1
Kommandanten.....	2
Kommandanten-Information	1
Maschinist Drehleiter	1
Maschinist TLF	3
MigrantInnen	2
Rettungsgeräte.....	2
Rhetorik-Freies Sprechen I	1
Stabsarbeit	2
SyBOS I	4
SyBOS II	2
Technische Hilfeleistung I	2
Training Atemschutzübungsstrecke	23
Training Heißübungsanlage	40
Vorbereitung FLA Funk Bronze.....	1
Vorbereitung FLA Funk Silber	1
Vorbereitung FLA Funk Gold.....	1

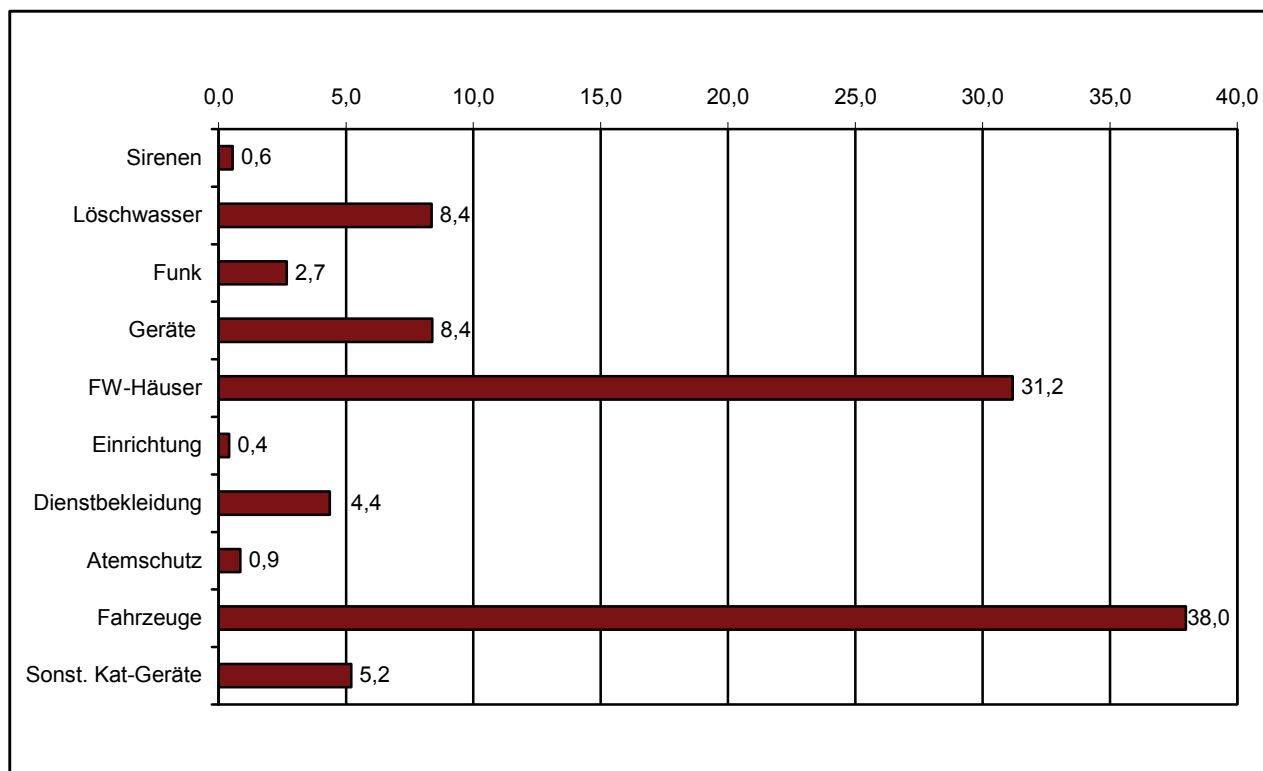
Vorbereitung FLA Gold	1
Yogi: Mut zum Unvorstellbaren	1
Zugskommandanten	1
Gesamt.....	148

16.3 Landesfeuerwehrfonds, Katastrophenfonds:

An die Gemeinden wurden Beiträge aus dem Landesfeuerwehrfonds für feuerpolizeiliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt Euro 1.648.447,— gewährt. Zusätzlich wurden aus dem Katastrophenfonds Euro 1.253.057,— zur Verfügung gestellt.

Die Aufschlüsselung nach der Art der Aufwendungen ergibt sich aus nachstehendem Schaubild:

Landesfeuerwehr- und Katastrophenfonds 2010 (Beiträge an die Gemeinden in Prozent)



Ferner wurden dem Landesfeuerwehrverband und der Brandverhütungsstelle aus dem Landesfeuerwehr- bzw. Katastrophenfonds Euro 2.738.347,— zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt.

16.4 Brandverhütung:

Die Sachverständigen der Brandverhütungsstelle wurden von Bau- und Gewerbebehörden zu 1.231 Kommissionierungen herangezogen. Davon entfallen 1.006 auf Bezirkshauptmannschaften, 193 auf Gemeinden und 32 auf sonstige Behörden. Bezüglich der Verfahrensart liegt das Schwergewicht hinsichtlich der Teilnahme an Verhandlungen mit 56 Prozent bei den Bauverfahren und mit 38 Prozent bei den gewerbebehördlichen Genehmigungsverfahren. Die Durchlaufzeit vom Zeitpunkt des Eingangs der Kundmachung bis zur Erledigung betrug 23 Tage. Daneben erfolgten insgesamt 676 Begutachtungen und 398 Bescheidüberprüfungen für die verschiedensten Behörden. Weiters erhielten Unter-

Inneres

nehmen, Architekten, Bauherren sowie Privatpersonen in 465 Fällen eine Beratung für geplante Gesamtprojekte und in weiteren 522 Fällen eine weiterführende Detailberatung. Überdies wurden 15 schriftliche Gutachten zu unterschiedlichsten brandschutztechnischen Fragestellungen sowie 19 Stellungnahmen zu Rechtsvorschriften erstattet. Zudem haben die Sachverständigen in 16 Fällen an der Brandursachenermittlung mitgewirkt, überwiegend auf Anforderung des Landeskriminalamtes.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Brandverhütungsstelle wurden von fünf Gemeinden zur feuerpolizeilichen Überprüfung von Risikogebäuden entsprechend der Feuerpolizeiordnung herangezogen. Dabei wurden 89 Objekte mit hauptsächlich höherem feuerpolizeilichem Risiko, wie industrielle Betriebsanlagen, Beherbergungsbetriebe, Hochhäuser oder Schulen überprüft und dabei insgesamt 136 Mängel festgestellt. Etwa 30 Prozent der Mängel entfallen auf Flucht- und Rettungswege, 21 Prozent auf unzureichende bzw. fehlende brandschutzmäßige Trennungen, 22 Prozent auf elektrische Einrichtungen und etwa 16 Prozent sind den Mitteln der ersten Löschhilfe zuzuordnen. Außerdem wurde in sechs Fällen die Ausarbeitung eines Brandschutzkonzeptes gefordert, um die brandschutztechnische Situation bestehender Gebäude zu verbessern.

Die gesamthaft erfassten telefonischen Fachauskünfte für verschiedenste Brandschutzanfragen benötigten einen Zeitaufwand von etwa 500 Stunden. Für die externe Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden ca. 430 Stunden aufgewendet. Die zur Aufgabenerfüllung innerhalb Vorarlbergs notwendigen Reisezeiten betragen nahezu 1.200 Stunden, wobei insgesamt 54.500 Kilometer zurückgelegt wurden.

Beim Verbandstag des Landesfeuerwehrverbandes, bei verschiedenen Ausbildungslehrgängen für Feuerwehrangehörige an der Landesfeuerwehrschule, beim Vorarlberger Brandschutztag, bei Kursen für Brandschutzorgane, bei Seminaren für Betreiber von Brandmelde- und Sprinkleranlagen, bei Workshops zu den OIB-Richtlinien sowie als Vortragende bei mehreren Institutionen wurden insgesamt 98 Fachvorträge gehalten. Die Brandverhütungsstelle hat als anerkannte Ausbildungsinstitution zehn Kurse bzw. Seminare veranstaltet, an denen insgesamt 471 Personen teilgenommen haben.

Zu speziellen Brandschutzangelegenheiten wurden in 19 Fällen mediale Anfragen beantwortet, sowie fünf jahreszeitbezogene bzw. anlassbedingte Presseaussendungen verfasst, welche zu entsprechenden Veröffentlichungen führten und somit einen wichtigen Beitrag zur Anhebung der Brandsicherheit in Vorarlberg leisten konnten.

Im Zusammenhang mit den harmonisierten österreichischen Bauvorschriften ist der Geschäftsführer für das Amt der Vorarlberger Landesregierung im ständigen Sachverständigenbeirat für den Bereich Brandschutz beim Österreichischen Institut für Bautechnik in Wien tätig, was mit neun Sitzungen an 19 Sitzungstagen verbunden war. Der Zeitaufwand für die Tätigkeiten, die sich hauptsächlich auf die Evaluierung der Erstversion der OIB-Richtlinien bezogen, hat im Jahr 2010 insgesamt 410 Mannstunden betragen.

17. Hilfs- und Rettungswesen:

Im Jahr 2010 erhielten aus dem Rettungsfonds der Landesverband Vorarlberg des Österreichischen Roten Kreuzes Euro 3.664.000,—, der Österreichische Bergrettungsdienst Vorarlberg Euro 600.000,—, die Österreichische Wasserrettung Vorarlberg Euro 333.000,— und der Arbeiter-Samariter-Bund, Gruppe Feldkirch, Euro 87.000,—. Die Aufwendungen des Rettungsfonds wurden durch das Land mit 60 Prozent und die Gemeinden mit 40 Prozent abgedeckt.

Das Rote Kreuz hat insgesamt 87.466 Personen befördert und insgesamt 2.242.054 km zurückgelegt. Mit den Notarztsystemen wurden davon 191.757 km zurückgelegt und 5.038 Personen medizinisch versorgt.

Der Arbeiter-Samariter-Bund Feldkirch hat insgesamt 6.785 Personen befördert und insgesamt ca. 201.060 km zurückgelegt. Mit den Notarztsystemen wurden davon ca. 7.184 km zurückgelegt und 439 Personen befördert.

Die Bergrettung hatte im Berichtszeitraum 739 Einsätze. Die Bergrettungsmannschaften waren im Zuge der Bodenrettung 10.420 Stunden im Einsatz. Dabei wurden 740 Personen gesucht bzw. geborgen. Im Rahmen der Flugrettung Vorarlberg wurden insgesamt 1.139 Einsätze geflogen.

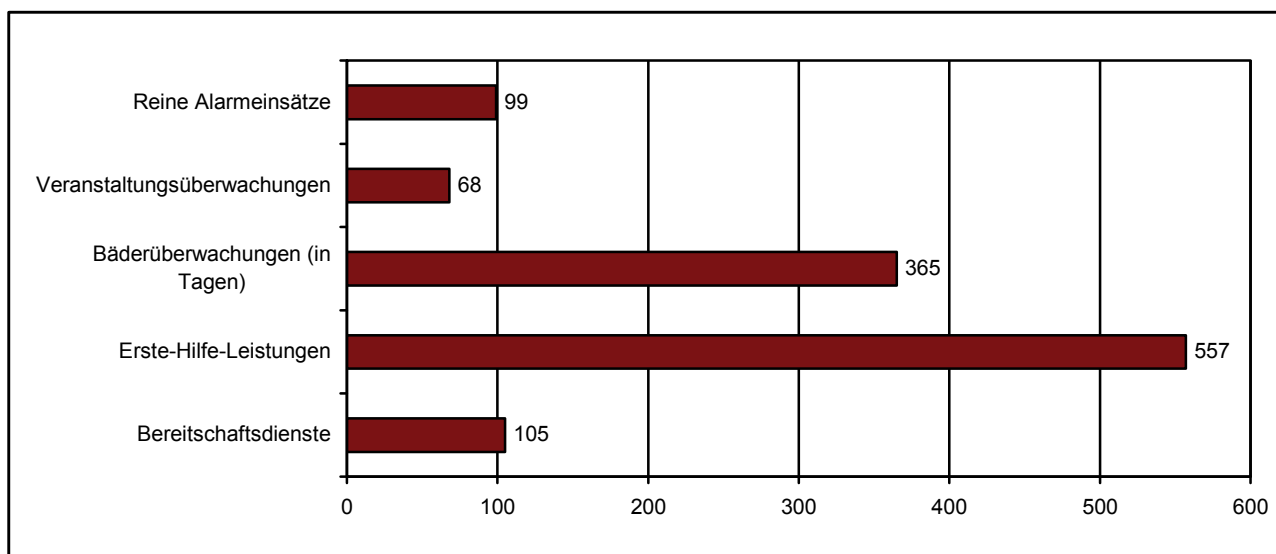
Die Wasserrettung hat im Berichtszeitraum 62.056 Arbeitsstunden bei Einsätzen und Ausbildungen geleistet. Dabei wurden 1.194 Gesamteinsätze mit einem Stundenaufwand von 8.934 Stunden abgewickelt. Zu verzeichnen waren eine Lebensrettung sowie weitere 23 Personenrettungen und zwei Leichenbergungen.

In 17 Badeanlagen des Landes wurden 365 Badeüberwachungen abgehalten. Zudem mussten gesamt 557 Erste-Hilfe-Leistungen erbracht werden. Die Bereitschaftsdienste der Taucher, Bootsmannschaft und Wildwasserretter wurden mit einer Anzahl von 105 erfasst. Auf dem Bodensee wurden mit dem schweren Rettungsboot V9 neben den nationalen Rettungseinsätzen auch Patrouillen im Rahmen des Sturmwarndienstes und Einsätze bei internationalem Seenotalarm gefahren.

Betrachtet man die langjährige Entwicklung der Einsätze, abseits der Katastrophenereignisse 1999 und 2005, ist das Berichtsjahr als „normal“ einzustufen. Starke Stürme auf dem Bodensee und länger anhaltende Suchaktionen blieben im Berichtsjahr zum Glück aus.

1.288 Personen (meist Kinder) lernten im Rahmen eines Anfängerschwimmkurs bei der Wasserrettung schwimmen. Zudem legten 751 Personen eine Schwimmprüfung ab und nahmen 194 Personen erfolgreich an einem Rettungsschwimmerkurs teil.

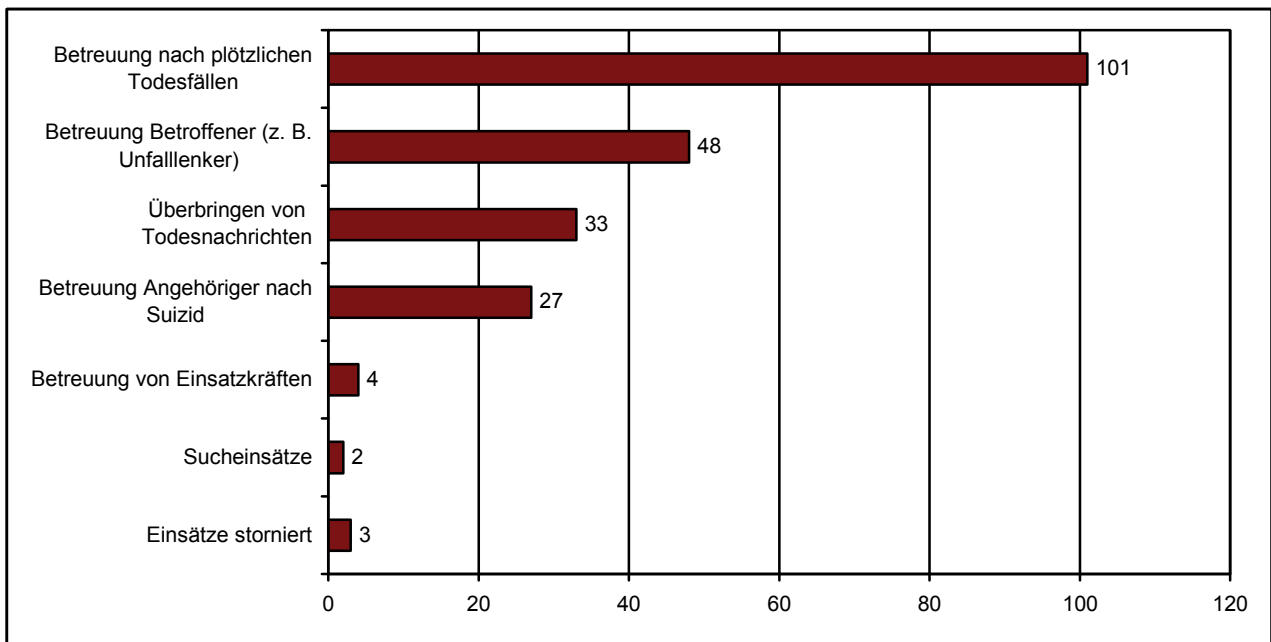
Wasserrettungs-Einsätze 2010



Das Kriseninterventionsteam Vorarlberg (KIT) wickelte 2010 218 Einsätze ab. Nachdem im Laufe des Jahres 20 Personen die Grundausbildung absolvierten, zählte das Team zum Jahresende 87 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die Einsätze wurden insgesamt 1.540 Personenstunden erbracht.

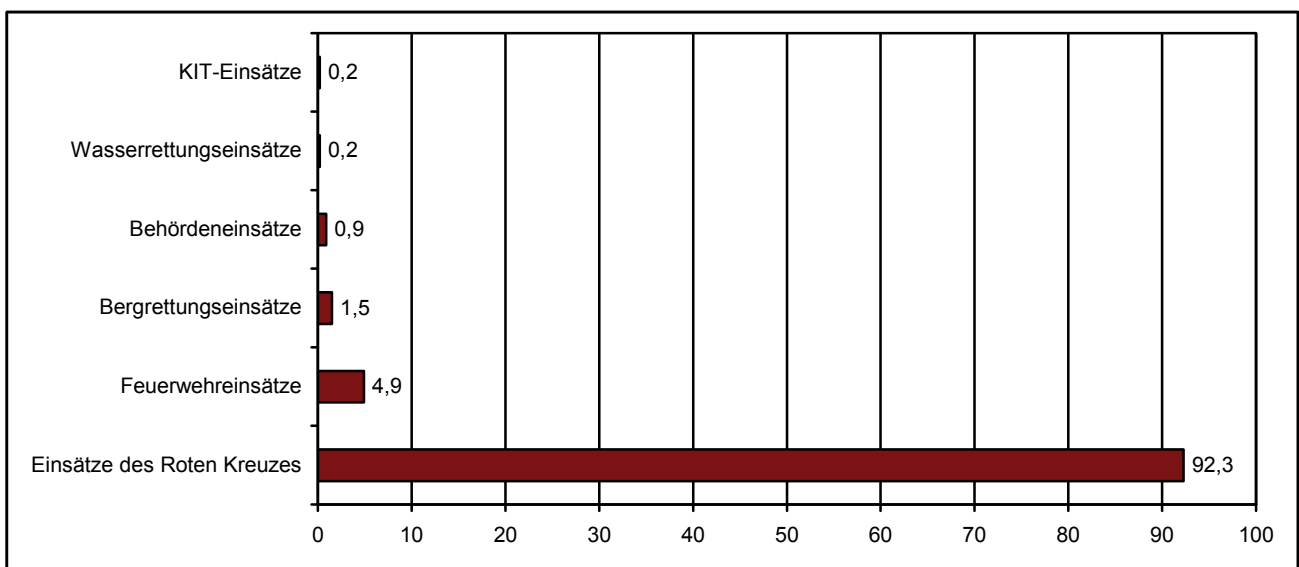
Die Einsatzarten teilen sich folgendermaßen auf: 101 Einsätze zur Betreuung nach plötzlichen Todesfällen, 48 Einsätze zur Betreuung Betroffener (z. B. Unfalllenker), 33 Einsätze zum Überbringen der Todesnachricht, 27 Einsätze zur Betreuung Angehöriger nach Suizid, vier Einsätze zur Betreuung von Einsatzkräften und zwei Sucheinsätze. Drei Einsätze wurden storniert. 2010 wurden 658 Personen von KIT betreut.

KIT-Einsätze 2010



In der Rettungs- und Feuerwehrleitstelle wurden 2010 116.835 Einsätze bearbeitet. Diese Zahl versteht sich ohne Probealarne und Testeinsätze. Von den Gesamteinsätzen waren rund 92,3 Prozent Einsätze (vorwiegend Krankentransporte) des Roten Kreuzes, rund 4,9 Prozent der Einsätze entfielen auf die Feuerwehr, 1,5 Prozent auf die Bergrettung, 0,9 Prozent auf Behörden und jeweils 0,2 Prozent auf die Wasserrettung und das Kriseninterventionsteam.

Einsätze 2010 (in Prozent)



18. Lawinenwarndienst:

Der Lawinenwarndienst begann mit seiner Lageberichterstattung für die Saison 2009/2010 bereits am 1.12.2009. Die Saison wurde per 27.04.2010 beendet. Insgesamt wurden in dieser Zeit von den Sachverständigen 134 Lageberichte erstellt. Zudem wurde ab Mitte Dezember auch täglich ein englischer Bericht erstellt. Die Verteilung und Ver-

öffentlichung der Lageberichte und Informationen erfolgte wie üblich per Fax, E-Mail, telefonisch abrufbarem Tonband, Internet und Teletext regelmäßig zwischen 7.30 und 7.45 Uhr.

Die erforderlichen Arbeitsmittel zur Gefahrenbeurteilung, Erstellung des Lawinenlageberichtes und dessen Verteilung wurden teilweise weiter optimiert. Die Internetzugriffe auf den Lawinenlagebereich beliefen sich in der Saison 2009/2010 auf knapp 370.000 bzw. durchschnittlich über 2.200 pro Tag. An Spitzentagen wurde über 4.300 Mal auf den Lawinenlagebericht zugegriffen.

Das Internetangebot wurde entsprechend den gestiegenen Ansprüchen und Bedürfnissen von Außen sowie den Harmonisierungsvereinbarungen der ARGE Lawinenwarndienste angepasst. Die Webseite des Lawinenwarndienstes wurde weiter optimiert und – unter Berücksichtigung der eingeschränkten Möglichkeiten und Kapazitäten – auf einen akzeptablen Standard entsprechend erweitert. Das Layout des Lawinenlageberichtes wurde ebenfalls entsprechend den Harmonisierungsvereinbarungen optimiert.

Das Mess- und Beobachternetz wurde ebenfalls weiter optimiert. In der Wintersaison 2009/2010 waren sechs Beobachterstationen mit der Erhebung und Übermittlung der täglichen Schnee- und Wetterdaten sowie teilweise mit Schneedeckenuntersuchungen beauftragt. Das automatische Messstellennetz umfasste ca. 20 aussagekräftige und relevante automatische Messstationen, an welchen jederzeit ausgewählte Schnee- und Wetterdaten abgefragt werden konnten. Der Lawinenwarndienst profitierte dabei auch vom gesamten „Messnetzprojekt“, welches gemeinsam mit der Abteilung Wasserwirtschaft (VIId) und einem Mess-Systemtechnik-Betrieb aus Vorarlberg umgesetzt wird. Das umfassende Infodienste-Angebot (Aboservice inkl. SMS-Dienst) wurde auch in der dritten Saison stark genutzt und erhielt erneut positive Resonanzen. Anfang Mai 2010 waren dort knapp 3.500 Abonnenten registriert.

Im Jänner 2010 wurde in der Rettungs- und Feuerwehrleitstelle (RFL) Feldkirch ein eintägiger Fortbildungskurs für Mitglieder von Lawinenkommissionen und sonstige Sicherheitsverantwortliche abgehalten. Zusätzlich wurden im Rahmen der Aktion „Sichere Gemeinden“, aber auch zusammen mit örtlichen Bergrettungsdiensten, der Lawinhundestaffel, Alpinvereinen und dem Bergführerverband mehrere Referate und Kurse abgehalten bzw. mitgestaltet.

Am 18.11.2010 erfolgte die Besprechung zur Vorbereitung und Information der Beobachter im Hinblick auf die neue Saison. Neben Erfahrungsaustausch und Kontaktpflege wurde dabei auch das neue Softwarepaket zur Eingabe der Beobachterdaten vorgestellt und geschult.

Die Zusammenarbeit mit den Lawinenwarndiensten der Nachbarländer wurde in sporadischen Gesprächen und im täglichen Austausch der Lageberichte fortgeführt. Weiters wurden Kontakte bei diversen Tagungen und Veranstaltungen gepflegt. Die Tagung der ARGE Österreichische Lawinenwarndienste wurde vom Lawinenwarndienst Oberösterreich organisiert und am 11.5. und 12.5.2010 in Bad Ischl abgehalten. Im Rahmen dieser Expertenkonferenz wurden u. a. weitere Harmonisierungsbestrebungen und ein gemeinsamer Winterbericht vereinbart. Am 50-Jahr Jubiläum des Tiroler Lawinenwarndienstes am 3.12.2010 in Innsbruck und an einem Fortbildungskurs vom 1.12. bis 3.12.2010 in Davos wurde teilgenommen.

Der Winterverlauf, die Tätigkeit des Lawinenwarndienstes und die Lawinenereignisse in der Saison 2009/2010 wurden dokumentiert. Teile davon sind in einem gemeinsamen Winterbericht der ARGE Österreichische Lawinenwarndienste veröffentlicht. Dieser wird an ausgewählte Personen und Organisationen versandt und im Internet veröffentlicht.

Die Betreuung des automatischen Messnetzes für den Lawinenwarndienst erfolgte nach wie vor teilweise von der Abteilung Wasserwirtschaft (VIId). Diesbezügliche technische Voraussetzungen wurden teilweise geändert und weiter optimiert. Eine spezifische Anwendersoftware wurde angeschafft. Personell ergaben sich beim Lawinenwarndienst auch 2009/2010 keine Änderungen.

Ende November/Anfang Dezember 2010 erfolgten bereits die ersten Mitteilungen zur Schnee- und Lawinensituation. Mit der täglichen Beurteilung wurde dann ab 6.12.2010 begonnen.

19. Zivile Landesverteidigung:

Die Aufwendungen der Gemeinden für Sirenen- und Steuereinrichtungen wurden durch Gewährung von Beihilfen aus dem Landesfeuerwehrfonds gefördert.

Die Tätigkeit des Vorarlberger Zivilschutzverbandes wurde durch die Gewährung von Beiträgen unterstützt.

Der Vorarlberger Zivilschutzverband hat folgende Informationsarbeit geleistet:

- fünf Presseaussendungen;
- vier Beiträge in der quartalsmäßig erscheinenden Zeitschrift „Zivilschutz Aktuell“;
- Informationen an die Bevölkerung im Rundfunk und über die Homepage des Vorarlberger Zivilschutzverbandes;
- zwei Zivilschutzunterweisungen an den Krankenpflegeschulen;
- Ausstellungen und Vorträge in Schulen;
- Aufstellung und regelmäßige Betreuung von Informationsständen (in der Rettungs- und Feuerwehrleitstelle, der Landesfeuerwehrschule und der Landeswarnzentrale);
- Information anlässlich des österreichweiten jährlichen Sirenenprobealarms;
- Durchführung der Kindersicherheitsolympiade „Safety Tour“ für die vierten Klassen Volksschule und Sonderschulen des Bundeslandes Vorarlberg in Lustenau und Teilnahme mit der Siegerklasse des Landesfinales am Bundesfinale in Wien (Vorarlberg konnte mit der vierten Klasse der Volksschule Altstadt von 13 angetretenen Klassen den ausgezeichneten vierten Rang erreichen);
- Präsenz mit der Sicherheits-Informations-Zentrums-Kiste und Informationsmaterial bei verschiedenen Sicherheitsveranstaltungen und Sicherheitstagen;
- Teilnahme und Präsenz bei der Katastrophenübung „RHEINHOCHWASSER 2010“ mit Informationsstand, Informationsmaterialien und Ausgabe von Sandsäcken für die Bevölkerung in Haushaltsmengen;
- finanzieller Beitrag bei (Sicherheits-) Veranstaltungen mit Löschtrainern, bei denen die Bevölkerung die Möglichkeit hat, die Handhabung und den Umgang mit Feuerlöschern zu üben;
- die Anfertigung und weiterer Ausbau eines EDV-Tools zur Unterstützung der Gemeinden und Behörden bei der Erstellung von Katastrophenschutzplänen;
- Unterstützung der Support Unit Austria und SARUV Austria (Search and Rescue Unit Vorarlberg) – diese Einheiten agieren unter dem Zeichen des Zivilschutzverbandes sowohl national als auch International.

20. Verkehrserziehung und Verkehrsüberwachung:

Allgemeines:

Im Berichtsjahr fanden neben allgemeinen Verkehrskontrollen und Geschwindigkeitsmessungen insbesondere technische Unterwegskontrollen des Schwerverkehrs statt. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch Lärmmessungen für Motorräder.

In den Kindergärten, Pflichtschulen und im Bereich der Unterstufe wurden im Rahmen der Kinderverkehrserziehung zahlreiche Aktionen und Projekte durchgeführt, die zu einem „Mehr an Sicherheit“ beitragen und die Verwendung umweltschonender Verkehrsmittel fördern sollen.

Zur Schulwegsicherung wurden ca. 2.500 Kindergartenkinder mit reflektierenden Sicherheitsschärpen ausgestattet; in der Schule erhielten ca. 4.500 Erstklässler in der ersten Schulwoche ein kostenloses Sicherheitspaket, bestehend aus Sicherheitsjacke, Klaxbändern und einem Pendelblitz. Die tägliche Schulwegsicherung durch die Exekutive wurde durch 500 Schüler- und 300 Elternlotsen unterstützt.

Zahlreiche Maßnahmen und Aktionen im Rahmen der Verkehrserziehung zielten darauf ab, den Kindersitz bei Kindern attraktiver zu machen bzw. die Bedeutung der Gurtenpflicht aufzuzeigen, um eine Erhöhung der Sicherheitsquote zu erreichen.

Auch dem Themenbereich Radfahren wurde in der Verkehrserziehung wiederum besonderes Augenmerk geschenkt. Mit der freiwilligen Radfahrprüfung, die zwischenzeitlich fast flächendeckend im Land durchgeführt wird, wurden die Schülerinnen und Schüler der vierten Klasse auf ihren Einsatz als Radfahrer im Straßenverkehr vorbereitet. Durch den Ankauf eines weiteren Fahrradsimulators und zusätzliche Radworkshops, in denen die notwendigen Fertigkeiten geübt und erlernt werden können, wurden zahlreiche Kinder motiviert und befähigt, dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel sicher zu benutzen.

Im Rahmen der sogenannten „Buslehrfahrt“ lernten die Schülerinnen und Schüler das richtige Verhalten beim Busfahren, wobei insbesondere auch auf die Aspekte der Sicherheit besonders eingegangen wurde. Ein weiteres Projekt, das sich in vergleichbarer Weise rund um das Thema „Bahn-Benützung“ dreht, wurde gestartet.

Weiters wurden mit finanzieller Unterstützung des Landes 112 Workshops zum Thema „Alkohol und Straßenverkehr“ insbesondere für jugendliche Schülerinnen und Schüler durchgeführt.

Für die Überwachung und Begleitung von Transporten mit Übermaßen und -gewichten wurden 58 Privatpersonen, auch aus anderen Bundesländern, zu Straßenaufsichtsorganen vereidigt bzw. deren Ausweis verlängert. Mit den vereidigten Organen wurde in bewährter Weise ein Erfahrungsaustausch durchgeführt.

Im Auftrag des Landes wurde wiederum eine landesweite Erhebung und nähere Untersuchung von Unfallhäufungsstellen auf Landesstraßen durchgeführt. Mit den in der Folge durchgeführten Maßnahmen soll das Unfallrisiko minimiert werden.

Im Jahr 2010 ereigneten sich 1.696 Unfälle mit Personenschaden. Dabei wurden 2.060 Personen verletzt und 22 Personen getötet.

Im Einzelnen:

Über das Verhältnis des Kraftfahrzeugstandes zur Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden gibt nachstehende Übersicht Aufschluss:

Jahr	Kraftfahrzeugstand einschließlich Motorfahräder und Anhänger	Jahressumme der Unfälle mit Personenschäden	Unfälle mit Personenschäden pro 1.000 Kraftfahrzeuge
2001	239.382	1.683	7,0
2002	243.438	1.838	7,6
2003	247.992	1.792	7,2
2004	252.204	1.840	7,3
2005	257.020	1.701	6,6
2006	261.881	1.800	6,9
2007	266.464	1.824	6,8
2008	269.765	1.721	6,4
2009	274.495	1.789	6,5
2010	281.874	1.696	6,0

Inneres

In den einzelnen Monaten ereigneten sich in Vorarlberg nachstehende Verkehrsunfälle. Über die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden gibt folgende Tabelle Aufschluss:

Monat	Unfälle			Verletzte			Tote		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Jänner	116	101	97	143	132	121	–	3	–
Februar	106	91	90	139	114	116	2	2	–
März	117	113	98	157	139	123	–	1	1
April	117	151	153	146	171	177	–	1	1
Mai	175	183	142	215	220	177	2	–	3
Juni	180	195	193	221	229	222	4	1	–
Juli	209	200	218	256	239	263	6	1	5
August	179	233	181	215	276	214	1	5	3
September	139	181	186	169	215	222	1	5	5
Oktober	153	156	110	184	190	137	5	6	2
November	137	94	125	160	122	147	4	3	–
Dezember	93	91	103	114	127	141	2	1	2
Insgesamt	1.721	1.789	1.696	2.119	2.174	2.060	27	29	22

Die weitere Tätigkeit auf dem Gebiet der Straßenpolizei und des Straßenrechts ergibt sich aus folgender Aufstellung:

	Bezirkshauptmannschaften				Amt der Landesregierung	Zusammen
	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch		
Bewilligung sportlicher Veranstaltungen	19	9	–	5	6	39
Bewilligung zur Benützung von Straßen zu verkehrsfremden Zwecken	18	43	1	4	kZ *	66
Ausfolgung von Gehbehindertenausweisen	56	153	99	68	kZ *	376
Aufstellung von Wegweisern und sonstigen Verkehrshinweisen	–	7	–	–	kZ *	7
Ermächtigung von Privatpersonen zur Verkehrsregelung	47	25	7	–	kZ *	79
Entfernung von Verkehrshindernissen	–	–	–	–	kZ *	–
Entfernung von Werbungen und Ankündigungen an Straßen	–	–	–	1	–	1
Fahrradbenutzungsbewilligungen für Jugendliche	704	1.338	925	1.071	kZ *	4.038
Erlassung von Verkehrsgeboten oder -verboten	215	319	107	118	15	774
Ausnahmebewilligung von Verkehrsgeboten oder -verboten (Befahren und Begehen des Pannestreifen auf Autobahnen u. a.)	19	11	–	4	59	93
Bewilligung zur Durchführung von Bauarbeiten auf oder neben der Straße	185	206	100	104	7	602
Verbot des Lenkens von Fahrrädern	–	3	–	1	kZ *	4
Ausnahmebewilligung vom Fahrverbot für Lastkraftwagen an Samstagen, Sonn- und Feiertagen	6	36	7	5	381	435

Ausnahmebewilligung für Fahrten mit Kies, Sand, Splitt und Steinen	kZ *	kZ *	kZ *	kZ *	67	67
Ausnahmebewilligung vom Nachtfahrverbot	kZ *	kZ *	kZ *	kZ *	5	5
Bauabstandsnachsichten bei Landesstraßen	21	–	11	47	kZ *	79
Vorschreibung nach § 4 Abs. 5b StVO	–	12	3	–	kZ *	15

* kZ = keine Zuständigkeit

Neun Berufungen gegen Beseitigungsaufträge gemäß § 84 Abs. 4 StVO wurden abgewiesen. In sieben Fällen wurde der Berufung gegen einen Ersatzvornahmebescheid keine Folge gegeben. In zwei Verfahren wurde der Berufung gegen die Versagung der Ausstellung eines Gehbehindertenausweises Folge gegeben.

21. Führerscheinesen:

Führerscheine	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Zusammen
Gesamtzahl der Anträge	3.637	7.384	5.261	7.000	23.282
davon abgeschlossen	2.995	6.250	4.182	5.528	18.955
ausgestellte Führerscheine	2.961	6.100	4.344	5.473	18.878
Antrag Ersterteilung	863	1.397	1.297	1.801	5.358
Antrag Ausdehnung	279	396	448	588	1.711
Antrag Duplikat Verlust/Diebstahl	284	562	417	422	1.685
Antrag Duplikat Namensänderung	148	205	205	141	699
Antrag Duplikat Ungültigkeit/Sonstiges	689	1.037	730	1.572	4.028
Antrag Austausch KFG 1967	4	–	22	39	65
Antrag Austausch ausl. EU FS	46	124	41	81	292
Antrag Austausch ausl. Nicht EU FS	50	126	65	118	359
Antrag Austausch wegen Eintr. Zahlencode 111	30	88	67	99	284
Antrag Austausch Heeresführerschein	17	27	11	16	71
Antrag Wiedererteilung auf Grund Fristablauf	106	199	102	127	534
Antrag Wiedererteilung nach Entziehung	37	77	41	49	204
C/D-Verlängerung	349	564	286	447	1.646
sonstige Verlängerung	91	154	103	105	453
Antrag auf Verzicht	–	12	9	22	43
Antrag auf vorgezogene LB der Klasse B (L17)	112	131	120	151	514
Antrag auf Schülertransportausweise	14	12	15	11	52
Antrag auf Taxilenkerausweis	22	30	30	33	115
Antrag auf Mopedausweis	412	782	499	822	2.515
Antrag auf Ausbildungs-/Übungsfahrten	664	1.027	846	1.229	3.766
davon Ausbildungsfahrten	215	260	172	222	869
Übungsfahrten	440	756	667	1.003	2.866
nicht zugeordnet	9	11	7	4	31
Gesamtzahl der Entziehungen	497	839	566	718	2.620
Gesamtanzahl der Nachschulungen im Rahmen der Entziehungen	156	301	240	337	1.034
Verbot des Lenkens von Motorfahrrädern	437	790	390	459	2.076

Inneres

Im Berichtsjahr wurden in Vorarlberg 782 verkehrspsychologische Untersuchungen, davon 149 Screenings, und 207 Nachschulungskurse durchgeführt. Davon wurden 37 Kurse für „verkehrsauffällige“ Lenkerinnen und Lenker (240 Teilnehmer), 126 Kurse für „alkoholauffällige“ Lenkerinnen und Lenker (843 Teilnehmer) und 34 Kurse im Rahmen des Vormerksystems mit 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmern absolviert. Es wurden zudem 45 Verkehrscoachingkurse angeboten, an denen 447 Personen teilgenommen haben.

Über das Lenkprüfungswesen gibt nachstehende Tabelle Aufschluss:

Fahrprüfungen	theoretisch	praktisch
Zahl der bestandenen Prüfungen	6.120	6.948
Zahl der nicht bestandenen Prüfungen	1.305	1.609
Gesamtzahl der Prüfungen	7.425	8.557

22. Kraftfahrrecht:

Seit dem 1.2.1999 werden in Vorarlberg die Agenden im Zusammenhang mit der KFZ-Zulassung durch Versicherungsunternehmen wahrgenommen. Derzeit sind zwölf Versicherer ermächtigt. Im Berichtsjahr wurden drei weitere Zulassungsstellen eingerichtet, drei Zulassungsstellen wurde verlegt und sechs Änderungen der verantwortlichen natürlichen Person angezeigt. Bei einem Versicherungsunternehmen wurde eine Namensänderung zur Kenntnis genommen.

Einzelprüfungen von Kraftfahrzeugen:

	Einzelgenehmigungen und Bestätigungen für die Zulassung	Änderungen in Typenscheinen und Einzelgenehmigungen
Krafträder	503	302
PKW, LKW	1.534	1.923
Omnibusse	26	4
Anhänger	532	52
Gesamt	2.595	2.281

Im Berichtsjahr wurden von der TÜV Austria Automotive GmbH und von der 2XM Automotive GmbH 2.216 Fahrzeuge auf Grund behördlicher Anordnungen gemäß § 56 KFG 1967 überprüft. 35 Bescheinigungen für Fahrzeuge bis zu 10 km/h wurden ausgestellt.

Zur wiederkehrenden Begutachtung von Fahrzeugen wurden weitere 20 Gewerbetreibende ermächtigt. In zehn Fällen wurde die Ermächtigung wegen Betriebschließung bzw. mangelnder Vertrauenswürdigkeit widerrufen. Am Ende des Berichtsjahres standen 276 Begutachtungsstellen zur Verfügung. 60 Personen wurden zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung als geeignet genehmigt. 48 Anzeigen über das Ausscheiden einer geeigneten Person wurden zur Kenntnis genommen. Bei drei Begutachtungsstellen wurde der Ermächtigungsumfang erweitert. 14 Änderungen wegen Umgründung, Änderung des Firmennamens und Standortwechsel wurden genehmigt. 62 Werkstätten wurden im Rahmen einer Revision überprüft.

Zur Prüfung von Fahrtschreibern oder Kontrollgeräten, zum Einbau und zur Prüfung von Geschwindigkeitsbegrenzern sowie für den Einbau und zur Prüfung von digitalen Kontrollgeräten wurde ein weiterer Gewerbetreibender ermächtigt. Eine Person wurde zur Durchführung dieser Arbeiten genehmigt, drei Anzeigen über das Ausscheiden von geeigneten Personen wurden zur Kenntnis genommen.

Der Stand an Kraftfahrzeugen (und Anhängern) betrug am Ende des Berichtsjahres:

	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Zusammen
Motorfahrräder	2.542	5.800	3.446	5.059	16.847
Motorräder	3.539	6.645	3.891	5.706	19.781
PKW/Kombi	30.637	62.757	40.838	50.866	185.098
Omnibusse	99	82	65	78	324
LKW, Tankwagen	2.705	5.426	3.248	4.011	15.390
Anhänger	5.749	9.798	4.856	7.476	27.879
Zugmaschinen	2.047	5.039	1.288	2.060	10.434
Probefahrerkennzeichen	159	336	284	276	1.055
Sonstige	1.282	1.272	564	872	3.990
Insgesamt	48.759	97.155	58.480	76.404	280.798

Damit hat sich der Gesamtstand an Kraftfahrzeugen gegenüber dem Vorjahr um 6.303 erhöht.

	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Zusammen
Behördliche Aufhebung der Zulassung	1.185	1.754	1.290	1.538	5.767
Gurtenbefreiungen	3	9	6	5	23

Im Berichtsjahr bestanden in Vorarlberg 15 Fahrschulen. Es wurden 17 Fahrlehrerberechtigungen und vier Fahrshullehrerberechtigungen erteilt. Weiters wurden 20 Fahrlehrerprüfungen und sieben Fahrshullehrerprüfungen durchgeführt und der Verwendung eines neuen Schulfahrzeuges zugestimmt.

Für die Durchführung von Führerscheinuntersuchungen im Berichtsjahr wurden vier weitere praktische Ärzte zu sachverständigen Ärzten bestellt.

Vom Amt der Landesregierung wurden 1.945 Bewilligungen für Transporte unteilbarer Güter und Bewilligungen für Kraftfahrzeuge mit übergroßen Abmessungen und höheren Gewichten erteilt. In dieser Zahl sind Bewilligungen für einzelne und für mehrere Fahrten enthalten. Bei den Bewilligungen für mehrere Fahrten handelt es sich vorwiegend um Dauerbewilligungen für den Transport unteilbarer Güter, die nur mit einer Gültigkeitsdauer von maximal einem Jahr ausgestellt werden dürfen. Ferner wurden 237 Ermittlungsverfahren in kraftfahrrechtlichen Angelegenheiten für die Landeshauptmänner der anderen Bundesländer durchgeführt. 76 Bewilligungen wurden zum Ziehen von nicht zugelassenen Anhängern ausgestellt. Für die Anbringung von besonderen Ausrüstungen an Kraftfahrzeugen wurden 20 Bewilligungen erteilt.

Der straßenverkehrs- und kraftfahrzeugtechnische Amtssachverständige hat im Berichtsjahr für das Amt der Landesregierung, für die Bezirkshauptmannschaften, für den Unabhängigen Verwaltungssenat, für Gemeinden und sonstige Personen insgesamt 344 Gutachten erstattet. Zehn Gutachten wurden für die Bewilligung von nicht zugelassenen Anhängern gemäß § 104 Abs. 7 KFG 1967 oder für den Transport von unteilbaren Gütern mit Übermaßen und Übergewichten gemäß § 101 Abs. 5 KFG 1967 erstattet.

Im Bereich des Gefahrgutrechts wurde im Berichtsjahr vom Amt der Vorarlberger Landesregierung keine Ausnahmebewilligung von Gefahrgutvorschriften erteilt. Zur Ausbildung von Lenkerinnen und Lenkern für die Beförderung von gefährlichen Gütern wurden von den dazu berechtigten Einrichtungen insgesamt acht Kurse abgehalten. 67 Personen wurden erstmalig geschult. 130 Personen nahmen an einer Auffrischungsschulung, zwölf Personen an einem Aufbaukurs für Tanks teil.

Inneres

Übersicht über die Tätigkeit der Bezirkshauptmannschaften und des Amtes der Landesregierung auf sonstigen Gebieten des Verkehrsrechtes:

23. Seilbahnrecht:

Im Berichtsjahr wurden vom Amt der Vorarlberger Landesregierung zehn seilbahnrechtliche Konzessionen wegen Namensänderung des Seilbahnunternehmens abgeändert. In zwei Konzessionsverfahren des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie wurden Stellungnahmen abgegeben. Weiters wurden die Abtragungen von zwei Seilbahnanlagen genehmigt und zwei Betriebseinstellungen bewilligt. Es wurden weiters eine seilbahnrechtliche Baugenehmigung und zwei Betriebsbewilligungen (inkl. Ermächtigungen durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie) erteilt. Für eine Materialeilbahn mit erweitertem Werksverkehr wurden die Genehmigung auf weitere zehn Jahre und auch die Betriebsbewilligung erteilt. 64 sonstige seilbahnrechtliche Bescheide (Genehmigung der Bestellung von Betriebsleitern und -stellvertretern und sonstige Anordnungen) wurden abgefertigt. Eine Betriebsvorschrift wurde genehmigt. Es wurden die Änderungen von zwei Betriebsvorschriften genehmigt. Die Bezirkshauptmannschaft Bludenz hat für den Umbau bestehender Schlepplifanlagen zwei seilbahnrechtliche Baugenehmigungen und zwei Betriebsbewilligungen erteilt.

24. Eisenbahnrecht:

Im Berichtsjahr wurden zwei eisenbahnrechtliche Baugenehmigungen erteilt. Zudem wurde ein Feststellungsverfahren betreffend die Sicherung einer Eisenbahnkreuzung durchgeführt.

25. Schifffahrtsrecht:

Von der Bezirkshauptmannschaft Bregenz wurden 20 Genehmigungen von Veranstaltungen nach der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung erteilt. 26 Anerkennungen und Duplikate von Schifferpatenten für den Bodensee wurden genehmigt. 548 Schifferpatente wurden erteilt.

Im Bereich Schiffszulassungen wurden von der Bezirkshauptmannschaft Bregenz (Bodensee) und dem Amt der Vorarlberger Landesregierung folgende Tätigkeiten durchgeführt:

	Bezirkshauptmannschaft Bregenz	Amt der Landesregierung
a) Schiffszulassungen (Neuerteilungen und Verlängerungen)	1.440	11
b) Sonstige schifffahrtsrechtliche Vorgänge und Entscheidungen	90	2
c) in Vorarlberg registrierte Schiffe und Boote:	5.560	82
davon		
Frachtschiffe	7	–
der Personenbeförderung dienende Motorboote	10	–
zulassungspflichtige andere Motorboote und Segelboote	4.786	63
zulassungsfreie Boote	602	–
Arbeits- und Berufsfischerboote	72	–
Mietboote	83	–
Rafts	–	18
Waterbikes/Jetski	–	1

Im Bereich des Seeschiffrechts wurden im Berichtsjahr vom Amt der Vorarlberger Landesregierung vier Jachten zur Seeschiffahrt zugelassen. Fünf Zulassungen wurden widerrufen bzw. sind erloschen. Derzeit sind in Vorarlberg 77 Jachten zur Seeschiffahrt registriert.

26. Luftfahrtrecht:

Im Berichtsjahr wurde von der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn eine Entscheidung über eine zivile Bodeneinrichtung getroffen. Entscheidungen über Flugfelder wurden im Berichtsjahr keine getroffen. Vom Amt der Vorarlberger Landesregierung wurden 34 Bewilligungen von Außenlandungen und Außenabflügen erteilt. Fünf zivile Luftfahrtveranstaltungen wurden bewilligt. Fünf Bewilligungen zum Abwurf von Sachen aus Luftfahrzeugen wurden erteilt. Ausnahmen für Luftfahrthindernisse wurden neun genehmigt. Bewilligungen zum Steigenlassen von Luftballonen wurden zwei erteilt. Vier sonstige Entscheidungen wurden getroffen und 76 temporäre Luftfahrthindernisse (Mitteilungen) wurden verlautbart.

27. Gewerberecht auf dem Gebiet des Personen- und Güterverkehrs:

Im Bereich des Gelegenheitsverkehrs- und Güterbeförderungsrechts wurden nachstehende Tätigkeiten durchgeführt:

	Bezirkshauptmannschaften				Amt der Landesregierung
	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	
a) Gelegenheitsverkehrskonzessionen mittels Personenkraftwagen bzw. Erweiterungen	11	8	3	17	kZ *
b) Gelegenheitsverkehrskonzessionen mittels Omnibus bzw. Erweiterungen	kZ *	kZ *	kZ *	kZ *	5
c) Güterbeförderungskonzessionen bzw. Erweiterungen	–	–	–	2	18
d) Entziehung (Löschung/Versagung) von Konzessionen	9	6	1	20	4
e) Standortverlegung bzw. Bewilligungen weiterer Betriebsstätten	10	2	1	8	1
f) Filialberechtigungen	–	–	–	2	–
g) Bestellung von Pächterinnen und Pächtern sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern	15	1	–	7	7
h) Sonstige Vorgänge, Entscheidungen, Anordnungen und Verfügungen	19	–	–	8	4
i) Beglaubigte Abschriften (GütbefG)	16	75	29	83	kZ *

* kZ = keine Zuständigkeit

14 Personen sind zur Konzessionsprüfung nach dem Güterbeförderungsgesetz (GütbefG) angetreten, wobei eine diese nicht bestanden hat. Sechs Personen sind zur Konzessionsprüfung nach dem Gelegenheitsverkehrsgesetz angetreten, wobei eine diese nicht bestanden hat. Zu den Wiederholungsprüfungen sind im Bereich Gelegenheitsverkehrsgesetz drei Personen und im Bereich Güterbeförderungsgesetz eine Person angetreten. Eine Person hat die Prüfung im Bereich Gelegenheitsverkehrsgesetz nicht bestanden.

Vier Konzessionen zur Ausübung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs wurden entzogen. Eine Konzession zur Ausübung des Mietwagengewerbes mit Omnibussen wurde entzogen, ebenso eine Konzession im Ausflugswagen-

Inneres

Gewerbe. Einem Antrag auf Erteilung einer Ausnahme von der Landesbetriebsordnung für den nichtlinienmäßigen Personenverkehr wurde stattgegeben.

Des Weiteren wurden im Berichtsjahr entsprechend der Verordnung (EWG) Nr. 881/92 (Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt) 58 Originale und 537 beglaubigte Abschriften von EU-Gemeinschaftslizenzen ausgestellt. Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (Zugang zum gewerblichen grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Omnibussen) wurden drei Originale und sechs beglaubigte Abschriften von EU-Gemeinschaftslizenzen ausgestellt.

Für den gewerblichen Güterverkehr wurden im Berichtsjahr gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 881/91 in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 484/2002 vom 1.3.2002, 110 Fahrerbescheinigungen ausgestellt.

Seit September 2008 werden Prüfungen für die Berufskraftfahrer mit einer Lenkberechtigung der Klasse D (Bus) durchgeführt (sogenannte Grundqualifikationsprüfungen). Im Berichtsjahr sind an acht Terminen 70 Personen zu diesen Prüfungen angetreten.

Seit September 2009 werden Prüfungen für die Berufskraftfahrer mit einer Lenkberechtigung der Klasse C (LKW) durchgeführt (sogenannte Grundqualifikationsprüfungen). Im Berichtsjahr sind an 14 Terminen 109 Personen zu diesen Prüfungen angetreten.

Weiters wurden neun Ausbildungsstätten ermächtigt, Weiterbildungen für Berufskraftfahrer, die im Besitz einer Lenkberechtigung der Klassen D (Bus) bzw. C (LKW) sind, durchzuführen. In zwei Fällen wurde die Ermächtigung auf weitere Standorte ausgedehnt.

Im Berichtsjahr wurden vom Amt der Vorarlberger Landesregierung sechs Konzessionen nach dem Kraftfahrliniengesetz erteilt bzw. erweitert. Es wurden acht Haltestellen neu festgesetzt, neun verlegt, 25 umbenannt und 25 zur Mitbenützung genehmigt.

28. Strafsachen soweit sie die Gruppe I betreffen:

Übersicht über die von den Bezirkshauptmannschaften durchgeführten Strafverfahren, soweit sie die Gruppe I betreffen:

Ordentliche Strafverfahren:

	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Zusammen
<hr/>					
Vollziehung des Gesetzes über Maßnahmen gegen					
Lärmstörungen und über das Halten von Tieren					
Anzahl	74	80	58	108	320
Strafbeträge in Euro	3.785	5.510	5.450	8.105	22.850
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Strafverfahren wegen Übertretung					
des Sittenpolizeigesetzes					
– Anstandsverletzung					
Anzahl	24	32	47	63	166
Strafbeträge in Euro	1.350	2.205	2.575	4.670	10.800
(Arresttage)	–	–	–	–	–
– Gewerbsmäßige Unzucht					
Anzahl	2	12	–	7	21
Strafbeträge in Euro	500	3.650	–	3.130	7.280
(Arresttage)	–	–	–	–	–

Sperrstundenvorschriften					
Anzahl	22	36	81	33	172
Strafbeträge in Euro	3.610	5.020	16.490	5.085	30.205
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Bodensee-Schifffahrts-Ordnung					
Anzahl	–	165	–	–	165
Strafbeträge in Euro	–	7.035	–	–	7.035
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Eisenbahngesetz					
Anzahl	16	13	18	29	76
Strafbeträge in Euro	890	810	805	1.550	4.055
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Führerscheingesetz					
Anzahl	486	1.177	880	793	3.336
Strafbeträge in Euro	154.347	447.509	326.489	254.733	1.183.078
(Arresttage)	5.376	2.040	3.864	408	11.688
Gefahrgutbeförderungsgesetz					
Anzahl	121	250	125	86	582
Strafbeträge in Euro	18.293	42.009	20.785	15.320	96.407
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Gelegenheitsverkehrsgesetz					
Anzahl	7	4	6	42	59
Strafbeträge in Euro	1.120	800	2.473	14.551	18.944
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Güterbeförderungsgesetz					
Anzahl	46	53	56	63	218
Strafbeträge in Euro	16.536	24.011	19.345	34.660	94.552
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Kraffahrgesetz					
Anzahl	5.478	6.417	5.728	4.325	21.948
Strafbeträge in Euro	547.949	553.031	519.513	369.211	1.989.704
(Arresttage)	–	–	–	–	–
Straßenverkehrsordnung					
Anzahl	6.078	11.388	6.935	9.986	34.161
Strafbeträge in Euro	896.295	1.700.163	1.186.995	1.464.796	5.246.908
(Arresttage)	–	–	–	245	245

Inneres

Anonymverfügungen:

	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Zusammen
Kraftfahrgesetz					
Anzahl	52	35	30	7	124
Strafbeträge in Euro	2.180	1.410	1.410	340	5.340
Straßenverkehrsordnung					
Anzahl	18.851	18.741	24.223	23.492	85.307
Strafbeträge in Euro	874.306	716.846	998.870	1.071.875	3.661.897